

Wo Demokratie und Wirtschaft aufeinanderprallen

Von Lutz Brangsch

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der öffentlichen Diskussion, dass wirtschaftspolitische Kompetenz denen zugeschrieben wird, die, wie Bundesregierung, diverse Parteien, Wirtschaftsweise, Institute, den Blick auf das „gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht“ fixieren. Regionale Entwicklungen erscheinen als Abfallprodukt von Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, soweit sich Regionen, Städte und Dörfer hinreichend bemüht haben, ein günstiges Klima für umherschweifende Investoren zu schaffen. Das ist der Schein – und wer diesen Schein perfekt bedient, gilt als wirtschaftlich kompetent. Daher ist das Rennen um Wirtschaftskompetenz in diesem Sinne für Linke von vornherein aussichtslos.

Die Realität ist aber anders. Regelmäßig bröckelt der wachstumszentrierte Gesellschaftsvertrag auf der regionalen Ebene. Abstrakte Wirtschaftspolitik verwandelt sich plötzlich in reales Leben – und das ist oft schmerzhaft. Widersprüche zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Interessen werden hier handgreiflich. Fatalerweise ist vielen Menschen dieser Widerspruch zwischen der Bejahung der Dinge wie sie sind und den Problemen, mit denen sie in der Region konfrontiert sind, kaum bewusst – oder schlägt in die Internalisierung von Standortkonkurrenz um. Seien es Windräder, Straßen, der Abbau von Braunkohle, Entscheidungen über Strukturen des ÖPNV, über öffentliche Angebote im Gesundheitswesen, in Kultur und Bildung – immer wieder kollidieren die lokalen bzw. regionalen Interessen mit staatlichen und Unternehmensinteressen. Das hat natürlich mit Machtkonstellationen zu tun – aber nicht nur. Das Interessen sich unterschiedlich darstellen, ist ein globales und ewiges Problem. Warum wird eine Wirtschaftspolitik, die abstrakte Wachstumsziele zum Kriterium hat, dann als „kompetent“ betrachtet? Dabei sind die wirklichen Kompetenzen der BewohnerInnen der einzelnen Regionen als Potenzial wirtschaftlicher Entwicklung schon lange entdeckt. Es ist nicht verwunderlich, dass es gerade die Bauplanung war, die in der alt-BRD dazumal der Ausgangspunkt einer Stärkung der Beteiligung der BürgerInnen an den regionalen Entwicklungen wurde. Zuerst war die Anreicherung des politischen Raumes mit mehr oder weniger direkten Formen von demokratischer Mitwirkung an bzw. Beeinflussung von wirtschaftlichen Entscheidungen eine Reaktion auf drohende politische Verwerfungen. Inzwischen sind aber Regionalentwicklung und Demokratie genetisch verknüpft. Entscheidungsprozesse können das ignorieren – dann erscheint Demokratie regelmäßig als Entwicklungshindernis und wird mitunter auch dazu. Daher die beständigen Diskussionen zur Verfahrensbeschleunigung, die zudem auch als Bürokratieabbau demokratiefreundlich maskiert werden. Wenn aber Bürgerbeteiligung als Hindernis erscheint, beweist das vor allem, dass der Entscheidungsprozess grundsätzlich falsch konzipiert oder das Projekt einfach falsch ist. Wirtschaftliche Entscheidungsträger haben erkannt, dass ohne Mitwirkung von BürgerInnen wirtschaftliche Projekte schnell auf Akzeptanzprobleme oder Widerstand stoßen. Sie tragen dem Rechnung, indem die Entscheidungsprozesse nicht etwa geöffnet, sondern immerhin in gewissem Maße transparent gemacht werden. Information soll Einfluss ersetzen. Meist darf man mitentscheiden, wie, nicht ob ein Projekt realisiert wird. Für PolitikerInnen (aller Parteien) und WirtschaftsvertreterInnen eine komfortabel erscheinende Lösung des Akzeptanzproblems; und der Umgehung der Machtfrage. Wie schmal der Grat zwischen Demokratie und Demokratiesurrogat ist, zeigt sich gerade bei Tesla im brandenburgischen Grünheide oder beim Projekt Siemensstadt 2.0 in Berlin. Bei aller Fülle an Instrumenten der Bürgerbeteiligung auf der regionalen Ebene – der Einfluss auf strategische wirtschaftliche Entscheidungen bleibt verwehrt. Es geht nicht nur um Wirtschaftsdemokratie als potenziertes Betriebsverfassungsgesetz, sondern auch als regionale Realität. Und die ist vielleicht schneller zu haben, da gerade hier auch die erfasst werden, die nicht in Unternehmen mit Betriebsrat tätig sind, die keiner Gewerkschaft angehören, die erwerbslos sind

oder die als Selbstständige oder KleinunternehmerInnen quasi-proletarisch arbeiten und leben. Mit der Entstehung des neuen, von Prekarität geprägten Normalarbeitsverhältnisses ist die soziale Grundlage für eine demokratisch-partizipative regionale Wirtschaftspolitik eigentlich geschaffen. Mit dem Eintreten für eine radikale Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse auf der lokalen und regionalen Ebene könnte sich eine „neue Klassenpolitik“ wirklich bewähren. Und zu beginnen wäre in den öffentlichen Unternehmen und mit der Demokratisierung eines der wichtigsten Faktoren regionalen Wirtschaftens – der Haushaltspolitik.

Trotz, oder gerade wegen ihrer Begrenztheit kommt der Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten eine derart große Bedeutung zu. Das Mindeste, was erreicht werden kann, ist die Sichtbarkeit von Interessen. Politisch ist aber noch wichtiger, dass die eigenen Fähigkeiten der Gestaltung regionaler Strukturen erlebt wird. Selbst Misserfolge demokratischer Beteiligung kann so langfristig in Erfolg umschlagen. Das setzt aber eben voraus, dass linke Kommunal- und Landespolitik dafür die Bedingungen schafft und die Partei selbst als eigenständiger Faktor handlungs- und kritikfähig ist – Partizipation in Permanenz. Die ist aber nur möglich, wenn Linke der Versuchung widerstehen, wie jetzt üblich demokratische Beteiligung als Beteiligung an „ihren“ Projekten zu betrachten, sie also der Verwaltungslogik oder einem „höheren Zweck“ unterzuordnen. Jede Regierung und jede Parlamentsfraktion braucht die lebendige Kritik der Öffentlichkeit – auch und gerade der wohlgesonnen.

Und dieser Gesichtspunkt wird immer wichtiger. Der sozialökologische Umbau wird in Regionen konkret, in der im Wortsinn materiellen Veränderung der Lebensweise. In den Regionen zeigt sich die Realität des Umbaus – nicht in den volkswirtschaftlichen Statistiken und Kennziffern zur „Wertschöpfung“. Der Rückgriff auf neue Energieträger und dezentrale Formen der Energieproduktion oder auch veränderte Mobilitätskonzepte jenseits Elektroautos, also z.B. unter Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, greifen sowohl hinsichtlich der Produktion als auch hinsichtlich der Konsumgewohnheiten tief in wirtschaftliche Strukturen ein. Die Verringerung des Stoffverbrauchs, der wachsende Stellenwert von Recycling bzw. Reparaturen als Einsparungsquellen und die Intensivierung regionaler Wirtschaftskreisläufe wirken in ähnliche Richtung. Vorhaben, wie etwa diverse Digitalisierungs- und Smart-city-Projekte, müssen sowohl auf ihre lokalen und als auch globalen Konsequenzen hin befragt werden. Allzu oft schlagen Einsparungen an einer Stelle in Mehraufwendungen und ökologische Verheerungen an anderer Stelle um. Das Problem der Akzeptanz von Veränderungen erhält eine ganz andere Dimension. Diese Veränderungen können nur bewältigt werden, wenn die Richtung der Entwicklung wirtschaftspolitischer Konzepte geändert wird. Volkswirtschaftliche Konzepte müssen viel stärker von den Regionen her und aus den Regionen heraus entwickelt werden.

Diese Änderung ist in vollem Gange. Entscheidend ist, wer das regionale Bedürfnis definieren wird und wie. Soll eine Balance von Ökologischem und Sozialem erreicht werden, erzwingt das eine Verknüpfung und Intensivierung von demokratischer Partizipation über alle Ebenen hinweg. Das ist nicht gemütlich, sondern ein harter Interessen- und Machtkampf. Durch bewussten Bezug auf das Globale, und nur so, können Regionen zukunftsfähig und heimattümelnden, nationalistischen und faschistischen Tendenzen der Boden entzogen werden. Ein Gleichklang von partizipativer (nicht nur formaler) Demokratie, globaler Solidarität und wirtschaftlicher Entwicklung nach Maß von Mensch und Natur stellt sich nicht automatisch her, auch nicht nur über „gutes Regieren“. Vermittelt werden kann das nur über einen Kulturwandel, und der erfordert lebendige linke Parteien und entsprechende soziale Bewegungen und Initiativen.